

Sie möchten inserieren?
Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.



SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Kanton Zürich Regierungsrat weicht Bettelverbot auf von Reinhard Wegelin Seite 2	Kanton Zürich Wohnen ist kein staatliches Grundrecht von Susanne Brunner Seite 3	Aktuell Bellerivestrasse: Widerstand hat sich gelohnt von Tumasch Mischol Seite 4	Parlamentsgemeinden Einmal Rassismus, einmal Antisemitismus von Jane Bailey Seite 6	Veranstaltungs-Tipp Schiffahrt am 7. Oktober auf dem Zürichsee Seite 8
--	--	---	---	---

ABSTIMMUNGEN VOM 27. SEPTEMBER 2026

Jetzt abstimmen – für eine neutrale und unabhängige Schweiz!

Diesen Sonntag stellen wir entscheidende Weichen für unser Land und unseren Kanton. Im Zentrum steht das JA zur Neutralitätsinitiative. Gleichzeitig gilt es, die Ernährungsinitiative, das teure Lehrpersonalgesetz und den staatlichen Zwang bei der Sterbehilfe abzulehnen.

Wer noch nicht abgestimmt hat, muss dies jetzt tun. Wer seine Stimme bereits abgegeben hat, soll Familie, Freunde und Bekannte mobilisieren. Abstimmungen werden nicht durch Umfragen gewonnen, sondern durch die Stimmen, die tatsächlich in der Urne liegen.

Unsere Parolen sind klar: JA zur Neutralitätsinitiative sowie dreimal NEIN – zur Ernährungsinitiative, zum Lehrpersonalgesetz und zum Gegenvorschlag zur Sterbehilfe-Initiative.

JA zur Neutralitätsinitiative

Die Neutralität hat der Schweiz während mehr als 200 Jahren Frieden, Sicherheit und Unabhängigkeit ermöglicht. Doch diese bewährte Haltung wird zunehmend aufgeweicht. Bundesbern übernimmt Sanktionen der Europäischen Union, nähert sich schrittweise der NATO an und will die indirekte Weitergabe von Schweizer Waffen an Kriegsparteien ermöglichen.

Eine Neutralität, die je nach politischer Stimmung anders ausgelegt wird, ist nicht glaubwürdig. Nur wenn die Schweiz konsequent neutral bleibt, kann

sie als Vermittlerin auftreten und ihre Guten Dienste anbieten.

Die Neutralitätsinitiative verankert die immerwährende, bewaffnete und umfassende Neutralität verbindlich in

«Frieden statt Krieg. Unabhängigkeit statt fremde Einflussnahme. JA zur Neutralität.»

der Bundesverfassung. Die Schweiz soll keinem Militärbündnis beitreten, sich nicht an Kriegen zwischen anderen Staaten beteiligen und ihre besondere Stellung zur Verhinderung und Lösung von Konflikten nutzen.

Bewaffnete Neutralität bedeutet auch, dass die Schweiz fähig sein muss, sich selbst zu verteidigen. Eine starke Armee und eine eigenständige Sicherheitspolitik gehören deshalb untrennbar dazu.

Wer Frieden statt Krieg, Unabhängigkeit statt fremde Einflussnahme und eine freie Schweiz will, stimmt JA zur Neutralitätsinitiative.

NEIN zur Ernährungsinitiative

Die Ernährungsinitiative verspricht Versorgungssicherheit. Tatsächlich bringt sie neue Vorschriften, höhere Preise und staatliche Bevormundung auf unseren Tellern.

Die Bevölkerung soll zu mehr pflanzlichen Lebensmitteln gedrängt werden.

Dabei besteht ein grosser Teil unserer landwirtschaftlichen Nutzfläche aus Grasland, auf dem weder Gemüse noch Getreide angebaut werden kann. Erst Nutztiere machen daraus hochwertige einheimische Lebensmittel.

Die SVP will die Selbstversorgung stärken – aber mit einer produktiven Landwirtschaft und unternehmerischer Freiheit statt mit ideologischen Ernährungsvorschriften. Deshalb: NEIN zur Ernährungsinitiative.

NEIN zum teuren Lehrpersonalgesetz

Unsere Lehrpersonen leisten wichtige Arbeit und sollen angemessen entlohnt werden. Im Kanton Zürich liegt

«Unsere Schulen brauchen weniger Bürokratie statt einfach noch mehr Geld.»

der mittlere Jahreslohn der Volksschullehrpersonen jedoch bereits bei rund 130 000 Franken. Trotzdem sollen mit dem neuen Lehrpersonalgesetz jährlich weitere 83 Millionen Franken ausgegeben werden; einen Grossteil davon müssten die Gemeinden stemmen.

Mehr Geld nach dem Giesskannenprinzip löst kein einziges Schulproblem. Sprachbarrieren, heterogene Klassen,

Schweizer Neutralität



JA

Wer Frieden statt Krieg will, stimmt JA zur Neutralitätsinitiative.

Bild: neutralitaet-ja.ch

die gescheiterte integrative Schule und immer mehr Bürokratie bleiben bestehen. Auch die sinkenden Leistungen unserer Schülerinnen und Schüler werden mit höheren Zeitgutschriften nicht verbessert.

Unsere Schulen brauchen weniger Bürokratie, klare Strukturen und wieder mehr Leistungsorientierung – nicht einfach noch mehr Geld. Deshalb: NEIN zum Lehrpersonalgesetz.

NEIN zum staatlichen Zwang bei der Sterbehilfe

Beim Gegenvorschlag geht es nicht um ein grundsätzliches Verbot des assistierten Suizids. Dieser ist bereits heute möglich und wird in der grossen Mehrheit der Zürcher Pflegeheime zugelassen.

Neu sollen jedoch Alters- und Pflegeheime sowie Spitäler gezwungen werden, assistierten Suizid in ihren Räumen zu dulden. Selbstbestimmung darf nicht zum Zwang für andere werden. Deshalb: NEIN zum Gegenvorschlag.

Jetzt zählt jede Stimme!

Wer sein Abstimmungscouvert noch zu Hause hat, soll es jetzt ausfüllen und am Sonntag persönlich ins Stimmlokal gehen. Mobilisieren Sie auch Ihr persönliches Umfeld.

Setzen wir gemeinsam ein starkes Zeichen: JA zur Neutralitätsinitiative und dreimal NEIN zu Bevormundung, unnötigen Mehrausgaben und staatlichem Zwang.

Die SVP des Kantons Zürich zählt auf Ihre Unterstützung!



Marco Calzimiglia
Parteisekretär SVP
Seuzach

Swiss Jass!!
Online und offline jassen

Spiele bequem und von zu Hause aus – unter Windows am PC, Laptop, Tablett – zusammen mit vielen Jasserrinnen und Jassern, oder auch alleine, vergnügliche Jassrunden.



Die übersichtliche Spieloberfläche von Swiss Jass !!

Mit Französischen und Deutschen Spielkarten.

Die beliebtesten Jassvarianten:

- Schieber • Coiffeur • Coiffeurschieber
- Misère Molotow • Differenzler • Schellenjass • Sticheln • Sidi Barrani • Guggitaler
- Total Guggitaler • Handjass • Molotow • Plusminus • Schaufeldame • Schiltener

Alles Wissenswerte zum einfachen Spielen mit Swiss Jass!! ist auf <https://www.swissjass.ch> zu finden. Besuchen Sie uns jetzt.

Kostenlose Anmeldung / 5 Tage Gratis spielen!

Einfache Anmeldung und Download unter: <https://www.swissjass.ch/willkommen.htm>

Hinweis: Das Programm ist nicht für Android und IO's geeignet.

Fiire mit de SVP

Mit dabei:
Natalie Rickli
Martin Hübscher
Marcel Dettling
Domenik Ledergerber
zahlreiche Kantonsratskandidaten



22. Oktober 2026
Ab 19.00 Uhr
Chesselhuus Pfäffikon

Anmeldung: 



Hier könnte Ihre Werbung stehen
oder an mehr als 100 anderen Standorten
Blickfänger.ch

Wir unterstützen Sie gerne bei Ihrer Kampagne.

Melden Sie sich bei uns!
info@blickfaenger.ch | 043 499 24 19

**blickfänger.ch**
Auffallend mobil. Auffallend günstig.

Swiss Jass!!
Online und offline jassen

Spiele bequem und von zu Hause aus – unter Windows am PC, Laptop, Tablett – zusammen mit vielen Jasserrinnen und Jassern, oder auch alleine, vergnügliche Jassrunden.



Die übersichtliche Spieloberfläche von Swiss Jass !!

Mit Französischen und Deutschen Spielkarten.

Die beliebtesten Jassvarianten:

- Schieber • Coiffeur • Coiffeurschieber
- Misère Molotow • Differenzler • Schellenjass • Sticheln • Sidi Barrani • Guggitaler
- Total Guggitaler • Handjass • Molotow • Plusminus • Schaufeldame • Schiltener

Alles Wissenswerte zum einfachen Spielen mit Swiss Jass!! ist auf <https://www.swissjass.ch> zu finden. Besuchen Sie uns jetzt.

Kostenlose Anmeldung / 5 Tage Gratis spielen!

Einfache Anmeldung und Download unter: <https://www.swissjass.ch/willkommen.htm>

Hinweis: Das Programm ist nicht für Android und IO's geeignet.



Christoph Mörgeli

Statistik, Märchen der Vernunft

Wer wissen will, wie treffgenau angeblich vernünftige, scharfsinnige Statistiker und gutgläubige Journalisten die Zukunft beurteilen, vertieft sich am besten in ihre Behauptungen der Vergangenheit. Vor gut zwanzig Jahren, am 7. Januar 2006, titelte die «Berner Zeitung» als grosse Hauptschlagzeile auf der ersten Seite Hochdramatisches: «Bevölkerungsschwund. Epochaler Krebsgang. Die Schweiz schrumpft. Ihre Bevölkerung nimmt ab und altert. Ohne Gegensteuer sind Wachstum und Wohlstand gefährdet.» Alarm für Wachstum und Wohlstand! Ähnliche Warnparolen hören wir vor jeder Abstimmung, in der es darum geht, zur Abwechslung auch einmal die Interessen der indigenen Schweizer Bevölkerung wahrzunehmen. Unserem Land stehe «eine Schwindsucht bevor», lautete 2006 die alarmistische Ansage. Gemäss Szenarien des Bundesamtes für Statistik verliere die Schweiz bis ins Jahr 2040 acht Prozent ihrer Erwerbstätigen. Den Schulen fehle es an Nachwuchs, dem Rentensystem die erwerbstätigen Beitragszahler, dem Markt Arbeitskräfte und die Innovationskraft der Jungen. Besinne sich die Schweiz nicht endlich auf Produktivitätssteigerungen oder Strukturanpassungen, sei ihr schon heute schwaches Wachstum bedroht. Einer der Hauptverlierer dieses Abwärtstrends – wusste die «Berner Zeitung» – dürfte der Kanton Bern sein, der bis 2040 über elf Prozent seiner Bewohner und bis 2014 jeden fünften Schüler verliere. Weniger stark betroffen im Espace Mittelland sei Berns Nachbarkanton Solothurn. So dramatisch ist dieser «Bevölkerungsschwund» dann doch nicht ausgefallen. Vielmehr drängten sich innert zwanzig Jahren 1,7 Millionen mehr Menschen in die Schweiz. Bern hat heute 120 000 Bewohner mehr als Anfang 2006. Dort ist also beinahe eine ganze Stadt Bern eingewandert. Im Kanton Solothurn beträgt das Plus 43 000 – also zweieinhalbmal den Kantonshauptort. Statistiker sind die Märchenerzähler der Vernunft. Die Statistik ist wie ein Laternenpfahl für Betrunkene: Sie dient zwar nicht der Erleuchtung, aber wir Menschen klammern uns an ihr fest.

Inklusionsinitiative und Asyl-Vorstösse

In Bundesbern ist die zweite Sessionswoche bereits vorüber. Neben Asylthemen standen auch die Armeebotschaft und zwei eidgenössische Initiativen auf dem Programm.



Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP
Küsnacht

Zu reden gab auch die Inklusionsinitiative und ihr Gegenvorschlag. Auch wenn die Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderungen für die SVP zentral ist, gehen diese Vorschläge auf Bundesebene viel zu weit und würden zudem hohe Kosten und viel Bürokratie verursachen. Ausserdem würden

viele Vorschriften in den bewährten Föderalismus eingreifen. Einige pragmatische Minderheitsanträge seitens der Bürgerlichen wurden immerhin angenommen. Das Thema kommt natürlich noch vor das Volk. Auch die Initiative zur medizinischen Versorgungssicherheit und ihr Gegenvorschlag standen zur Debatte und kommen noch zur Abstimmung.

Wichtige Asyldebatte

Sehr zentral war die ausserordentliche Asyldebatte. Leider beantwortete Bundesrat Beat Jans viele Fragen nicht richtig. Immerhin brachten wir einige Vor-

stösse im Asylbereich durch, etwa die Motion betreffend Afghaninnen – ein grosser Erfolg. Dabei geht es darum, die gesetzeswidrige Praxisänderung von 2023 rückgängig zu machen, die grundsätzlich allen afghanischen Frauen und Mädchen Asyl in der Schweiz inklusive höherer Sozialhilfe und erleichterten Familiennachzugs für ihre afghanischen Ehemänner versprach. Nationalrat Gregor Rutz vertrat dieses Anliegen mit guten Voten.

Auch ein Vorstoss von Nationalrat Pascal Schmid (TG) wurde angenommen: Bei Terrorismus und Schwerverbrechen sollen Doppelbürger ausgebürgert wer-

den. Leider erhielt mein Fraktionsvorstoss «Von Dänemark lernen. Bei längerfristigen Freiheitsstrafen muss die obligatorische Landesverweisung obligatorisch sein» knapp keine Mehrheit. Und auch der Vorstoss «Keine neuen Asylunterkünfte ohne Zustimmung der betroffenen Bevölkerung» von Nationalrat Thomas Knutti (BE) scheiterte knapp. Wir bleiben hier natürlich dran. Leider lehnt Bundesrat Beat Jans die Grenzschutz-Initiative ab, obwohl offene Grenzen unser Land massiv unsicher machen. Die Schweizer Bevölkerung leidet unter der importierten Kriminalität und den Milliardenkosten.

Keine Geschlechterquoten

Auch andere Erfolge konnten verbucht werden, so zum Beispiel die Annahme einer Motion von Nationalrätin Stefanie Heimgartner (AG) betreffend «Keine Geschlechterquoten in Leitungsorganen von Dachverbänden und Sportorganisationen». Die Besetzung der Organe soll nach Eignung, Erfahrung und den Bedürfnissen des jeweiligen Verbandes erfolgen. Auch die FDP und Die Mitte folgten uns.

Schliesslich gab es in der Fragestunde auch viele Fragen an die Bundesräte, so zur Beschaffung der Armeeflugzeuge und zu mangelnder Transparenz sowie zum doppelten Mehr bei den EU-Verträgen oder zur Grenzschutz-Initiative.

Bald wird auch die Eigenkapitalunterlegung ausländischer Tochtergesellschaften ein grosses Thema im Rat sein.

Und auch diese Woche begleiteten viele Anlässe die Parlamentarier. So fand Anfang Woche die Sichte auf dem Bundeshausplatz statt, ausserdem gab es weitere Anlässe über Mittag und am Abend, z.B. von den Malern und Gipsern und von den Privatbanken.



Die SVP konnte in dieser Sessionswoche einige Erfolge verbuchen.

Bild: Nina Fehr Düsel

EIN SOLIDARISCHES SOZIALSYSTEM REICHT OFFENBAR NOCH NICHT

Zürcher Regierung weicht Bettelverbot auf

In der Schweiz gibt es kein einheitliches, schweizweites Bettelverbot. Die Regelung liegt weitgehend bei den Kantonen und Gemeinden. Deshalb kann Betteln an einem Ort erlaubt und an einem anderen verboten oder stark eingeschränkt sein. Jetzt will die Zürcher Regierung alles «grundgesetzkonform» machen und das Bettelverbot in manchen Teilen aufweichen.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Dabei wird klar: Aggressives oder aufdringliches Betteln ist verboten, ebenso Betteln in bestimmten sensiblen Orten. Dabei muss auch dafür gesorgt werden, dass Personen nicht behindert und belästigt werden. Organisiertes Betteln an bestimmten Bereichen wie Bahnhöfen, Haltestellen, Märkten oder vor Geschäften muss immer verboten werden können.

Regierungsrat weicht Bettelverbot auf

Im Kanton Zürich wurde im Frühjahr 2026 eine Revision der gesetzlichen Regelung zur Vernehmlassung gebracht. Das bisherige generelle Verbot soll formell aufgehoben und durch Einschränkungen an sogenannten sensiblen Orten ersetzt werden. Vorgesehen sind unter anderem Einschränkungen bei Märkten, öffentlichen Gebäuden, Haltestellen und Automaten.

Im Kanton Zürich gilt derzeit noch das bestehende allgemeine Bettelverbot. Der Regierungsrat hat zwar am 2. September 2026 eine Änderung beschlossen

sen und dem Kantonsrat beantragt, das Verbot «grundrechtskonform» zu präzisieren. Diese Änderung ist aber noch nicht geltendes Recht. Ein Verstoss konnte bisher mit Busse bestraft werden. Der Kanton selbst bezeichnet jetzt diese geltende Regelung als «pauschales Bettelverbot».

Gutes Sozialsystem braucht keine Bettelei

«Wo das Bettelverbot fällt, nimmt der Missbrauch zu – insbesondere organisierte Formen des Bettelns, die weder

mit Not noch mit Solidarität zu tun haben», stellte die SVP/EDU-Kantonsratsfraktion in einer Fraktionserklärung letzten Montag fest. Der Kanton Zürich verfüge über ein hervorragendes Sozialsystem. Niemand müsse hier betteln, um zu überleben. Ein dichtes Netz an Unterstützung stehe zur Seite – von der Sozialhilfe über die Nothilfe bis hin zu zahlreichen karitativen Angeboten, die weit über das gesetzliche Minimum hinausgehen.

Ein generelles Betteln im öffentlichen Raum belaste das Sicherheitsgefühl,

führe zu Konflikten und beeinträchtige das Ortsbild, so die SVP/EDU-Kantonsratsfraktion. «Die Aufhebung ist unnötig, sie ist unklug, und sie ignoriert die Realität eines funktionierenden und solidarischen Zürcher Sozialsystems.»

Internationalistische Begrifflichkeiten

Erwähnen muss man, dass die Zürcher Regierung die Absicht hat, alles «grundgesetzkonform» zu machen. Das tönt sehr unschweizerisch und lehnt sich eher an internationalistische Begrifflichkeiten an. Die Zürcher Regierung will also zürcherische Gesetze aushebeln, um sie international «verfassungskonform» zu machen.



Für Diskussionsstoff ist gesorgt, wenn die Gesetzesänderung dereinst im Kantonsrat beraten wird.

Bild: Adobe Stock

BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

Ein Strauss bunter Vorlagen und Geschäfte

Gleich zu Beginn der 170. Kantonsratssitzung widmete sich der Rat dem Tätigkeitsbericht 2025 der Datenschutz-beauftragten. Unsere GPK-Referentin Ruth Büchi erklärte sachlich, dass eine der Hauptaufgaben der Datenschutzbehörde die Durchführung von Kontrollen (Datenschutz-Reviews) bei öffentlichen Organen sei.



René Isler
Kantonsrat SVP
Winterthur

Dabei überprüft sie, ob die Anforderungen des Datenschutzes in rechtlicher, organisatorischer und sicherheitstechnischer Hinsicht eingehalten würden. Öffentliche Organe seien zudem verpflichtet, Datenschutzvorfälle zu melden. Stelle die Datenschutzbehörde eine Verletzung von Datenschutzbestimmungen fest, gebe sie dem öffentlichen Organ eine Empfehlung ab, welche Massnahmen zu ergreifen seien. Abschliessend mahnte Ruth Büchi zu Recht, dass der Datenschutz nicht so weit betrieben werden dürfe, dass er die tägliche Arbeit behindere oder gar verunmögliche. Weniger Daten könnten Analysen und Forschung behindern, ebenso könnten zu strenge Regeln Innovationen erschweren. Zu strikte Datenschutzregelungen verlangsamten oder verhin-

«Wohnungsnot bekämpfen heisst Zuwanderung begrenzen.»

derten Prozesse. Die Datenschutz-Bürokratie sollte deshalb in Grenzen gehalten werden und schlussendlich dürfe der Datenschutz auf keinen Fall zum Täter-schutz verkommen. Der Bericht wurde schliesslich einstimmig gutgeheissen.

Stimmrecht statt Stimmzwang

Die Einzelinitiative «Stimm- und Wahl-pflicht für kantonale und kommunale Urnengänge im Kanton Zürich» verlangt nichts anderes, als dass die Kantons-verfassung dahingehend geändert werde, dass ein obligatorisches Stimm- und Wahlrecht eingeführt werden soll. Weiter sollten die nötigen Ausführungsbestim-mungen und verhältnismässige Sank-tionen beim Fernbleiben bei Wahlen und Abstimmungen ausgearbeitet wer-den. Nicht betroffen davon sollen eid-genössische Abstimmungen und Wahlen sein. SVP-Kantonsrätin Susanne Brunner meinte ob dieser absurden Initiative

klar und deutlich, dass das Stimm- und Wahlrecht nach herrschender Lehre ein politisches Grundrecht sei und ein sub-jektives öffentliches Recht, das die Teil-nahme an der staatlichen Willensbil-dung garantiere. Es sei als Recht ausge-staltet und nicht als Pflicht. Daraus folge auch die Freiheit, sich der Stimm-abgabe zu enthalten. Unsere Freiheit, ab-stimmen oder wählen zu wollen, müsse deshalb immer über einer Pflicht stehen. Mit dieser Initiative aber einen ideologi-schen Klassenkampf auszurufen, wie das die Linken hier und jetzt täten, sei schlicht nicht angebracht. Schlussend-lich wurde die Einzelinitiative haushoch in Bausch und Bogen abgelehnt.

Die redaktionelle Lesung über den Antrag des Regierungsrats über das Pla-nungs- und Baugesetz (PBG), Änderung, Baulinien, ging derweil geräuschlos über die Bühne und wurde klar ange-nommen.

Keine Synergien beim Busdepot

Als Nächstes stand das Postulat «Opti-mierung des ÖVs in der Stadt Winter-thur – Standortevaluation Busdepot Strassenverkehrsamt Winterthur» un-serer ehemaligen Ratskollegin Susanna Lisibach auf der Traktandenliste. SVP-Kantonsrat Ueli Pfister meinte dazu sach-lich, dass es einmal mehr zeige, dass die Linienführungen des ZVV sehr aus-gewogen und optimiert seien. Es beste-he praktisch kein Spielraum, um klei-nere Anpassungen vorzunehmen. Eine Änderung der Linienführung hätte für eine Mehrzahl der ÖV-Nutzer nachteil-ige Folgen. Trotz allem habe der ZVV diese Situation im Auge und werde, wenn möglich, Verbesserungen einfüh-ren. Dies werde wohl noch einige Zeit dauern. Ebenso sei klar aufgezeigt wor-den, dass es keine Synergien von Bus-depot und Prüfhalle des Strassenver-kehrsamts gebe. Eigentlich schade ... Die SVP/EDU-Fraktion danke dennoch dem Regierungsrat für die aufschluss-reichen Ausführungen und stimme der Abschreibung zu. Das Postulat wurde einstimmig abgeschrieben.

Wohnen ist kein Grundrecht

Bei der parlamentarischen Initiative «Das Recht auf Wohnen gehört in die Ver-fassung» war dann aber definitiv fertig mit lustig. Die linksgrüne Initiative for-

dert, dass Wohnen ein «Zwangsgut» sei, weil man nicht nicht-wohnen könne, weil das Wohnen zum Beispiel zu teuer geworden sei. Wohnen sei mehr als nur ein Dach über dem Kopf.

Unsere STGK-Referentin Susanne Brunner gab klar zu verstehen, dass die Initianten das Wohnen als Grund-recht bezeichnen würden. Wie in der Bundesverfassung habe auch der kan-tonale Verfassungsgeber das Recht auf Wohnen nicht als Grundrecht stipuliert. Grundrechte seien oft Abwehrrechte des Individuums gegenüber dem Staat. Sie sollen zwingend das Individuum vor dem Staat schützen. So sei das «Wohnen» kein Abwehrrecht gegen-über dem Staat. Die Argumentation der Initianten verfange deshalb nicht. Dieser Logik folgend wären ja dann Nah-rung, Kleidung, Brillen, Hörgeräte, Rol-latoren usw. auch Zwangsgüter. Diese parlamentarische Initiative sei demnach schlicht ein weiterer Schritt hin zum Grundeinkommen, wo der Staat für alles verantwortlich sei und dafür aufkom-men sollte. Und schliesslich ziele die parlamentarische Initiative klar darauf ab, dass aus einem neuen Verfassungs-artikel der Auftrag für mehr staatlichen Wohnungsbau abgeleitet werden könne. Gegen Wohnungsknappheit hülften aber definitiv keine staatlichen Intervention-en. Zielführend sei nämlich nur die Möglichkeit für Private, Wohnungen ohne eine ausufernde Regulierungswut bauen zu dürfen. Unser Fraktionsprä-sident Tobias Weidmann mahnte nach geführter Debatte, dass die Wohnungs-politik und die masslose Zuwanderung nicht wegdiskutiert werden können. Für die SVP/EDU-Fraktion seien Heimat und Wohnraum für unsere Bevölkerung immer wichtiger als die ausufernde Zu-wanderungspolitik, welche von linker Seite her stets negiert werde. Obwohl die «so liberale» GLP zur Steigbügelhal-terin der vereinigten Linken mutierte, wurde diese vergiftete, sozialistische Initiative zum Glück mit 93 zu 77 Stim-men abgelehnt.

Das Votum zum Busdepot im Video:



KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Verlieren will gelernt sein ...!



Susanne Brunner
Kantonsrätin SVP
Zürich

Die SVP hat einen wichtigen Sieg errun-gen: Das «Recht auf Wohnen» wird nicht in die Verfassung aufgenommen. Vier Kan-tonsrätinnen aus der Grünen Partei, der GLP, der SP und der AL hatten diese For-derung gestellt. Die vereinigte Linke – nota bene mit der GLP! – argumentierte, dass man nicht «nicht wohnen» könne und darum der Staat verpflichtet sei, jeder Person Zugang zu angemessenem Wohn-raum zu verschaffen.

SVP, FDP, Die Mitte und EVP haben dem Vorstoss einen Riegel vorgeschoben und diesen mit ihren Nein-Stimmen ver-hindert. Uns wurde vorgeworfen, wir wür-den die Sorgen und Nöte der Bevölkerung betreffend bezahlbaren Wohnraum nicht hören wollen oder nicht lösen wollen. Falsch! Wir teilen nur die Rezepte der Linken nicht. Sie wollen Wohnraum ver-staatlichen und subventioniert an weni-ge Privilegierte abgeben. Mit dem neuen Verfassungsartikel wollen sie erreichen, was sie in drei Volksabstimmungen nicht geschafft haben. Die Linken haben im November 2025 die kantonale Abstimmung über ein staatliches Vorkaufsrecht für Lie-genschaften verloren; am 14. Juni 2026 haben sie die «Wohnungs-Initiative» und

die «Wohnschutz-Initiative» verloren. Die eine verlangte eine staatliche Anstalt, wel-che Wohnungen baut und vermietet, die andere wollte einen Mietpreisdeckel ein-führen. Alle drei Abstimmungen haben die linken Parteien mit rund 60 Prozent Nein-Stimmen verloren.

Warum haben sie am Montag mit Händen und Füssen für ihren neuen Ver-fassungsartikel gekämpft? Ganz genau! Es geht ihnen darum, dass sie mit einem «Recht auf Wohnen» in der Kantonsver-fassung bei ihren künftigen Wohn-Initia-tiven argumentieren können, der Kanton müsse Wohnungen kaufen, bauen, ver-mieten, subventionieren, da ein solcher Auftrag in der Verfassung stehe. Für uns, die SVP, ging es um nichts mehr oder we-niger als das Verteidigen der in der Bun-des- und Kantonsverfassung gewährleis-teten Eigentumsgarantie. Das Privateigen-tum gilt es zu verteidigen, denn es bildet die Grundlage für Freiheit, Demokratie und Wohlstand. Wenn ein «Recht auf Wohnen» in die Verfassung käme, hätten wir den ersten Schritt hin zum Sozialis-mus getan. Die Linke will das nicht ver-stehen. Auch nicht, dass wir über 80 Pro-zent der zusätzlich gebauten Wohnfläche aufgrund der Zuwanderung benötigen. Die Wohnungsknappheit muss an der Wurzel angegangen werden. Diese ist die Zuwan-derung. «Rassismus!», schallte es durch den Ratssaal. Absurd – aber immer, wenn den Linksparteien die Argumente ausge-hen, greifen sie zum «R-Wort». Verlieren muss eben gelernt sein!

NEIN ZUM LEHRPERSONALGESETZ

Das Parlament hat aus einer Anpassung eine Millionenrechnung gemacht

Der Kantonsrat hat aus einer ursprünglich begrenzten Anpassung des Lehrpersonalgesetzes eine 83 Millionen Franken teure Vorlage gemacht. Bezahlen müssen Kanton, Gemeinden und damit die Steuerzahler. Die Probleme an unseren Schulen werden damit aber nicht gelöst.



Domenik Ledergerber
Kantonsrat und Präsident
SVP Kanton Zürich
Herrliberg

Politik bedeutet auch, mit dem Geld der Steuerzahler verantwortungsvoll um-zugehen. Bei der Änderung des Lehr-personalgesetzes ist dieses Augenmass verloren gegangen. Was der Regierungsrat ursprünglich als begrenzte und fi-nanziell tragbare Anpassung vorgeschla-gen hatte, wurde im Kantonsrat mas-siv ausgebaut.

Das Resultat: zusätzliche Kosten von rund 83 Millionen Franken. Nicht ein-malig, sondern jedes Jahr aufs Neue. Auch deshalb lehnt der Regierungsrat die vom Kantonsrat beschlossene Vor-lage ab.

Zürich bezahlt bereits Spitzenlöhne

Dabei ist der Kanton Zürich bei den Löhnen für Lehrpersonen schon heute schweizweit an der Spitze. Primarlehr-personen steigen mit einem Jahreslohn von rund 100 000 Franken ein. In den höchsten Lohnstufen sind Löhne von über 160 000 Franken möglich.

Wer angesichts dieser Zahlen behaupt-et, eine pauschale Erhöhung der Löhne sei die entscheidende Antwort auf die Herausforderungen an unseren Schulen, macht es sich zu einfach.

Der Kanton bestellt, die Gemeinden zahlen

Als Kantonsrat halte ich es für falsch, den Gemeinden eine solche Dauerrech-nung aufzubürden, ohne dass damit eine konkrete Entlastung im Schulall-tag verbunden ist. Die Gemeinden tra-gen einen erheblichen Teil der Kosten, obwohl sie die Vorlage kaum beeinflus-

sen können. Der Kantonsrat beschliesst zusätzliche Leistungen und die Gemein-den dürfen anschliessend mitbezahlen.

Dass sich mehr als 100 Zürcher Ge-meinden gegen die Vorlage gestellt und das Gemeindereferendum ergrif-fen haben, ist deshalb ein deutliches Warnsignal. Es zeigt, dass die finenzi-elle Belastungsgrenze vieler Gemeinden erreicht ist.

Denn jeder Franken kann nur ein-mal ausgegeben werden. Geld, das auf-grund dieser Vorlage gebunden wird, fehlt andernorts. Zum Beispiel für Schul-räume, Infrastruktur oder andere Auf-gaben der Gemeinden. Und wenn die Rechnung nicht mehr aufgeht, landet sie früher oder später bei den Steuer-zahlern.

Mehr Geld löst die Probleme nicht

Die Gegner dieser Vorlage sind nicht gegen gute Arbeitsbedingungen für Lehr-personen. Im Gegenteil. Wer unsere Lehrpersonen wirklich entlasten will, muss dort ansetzen, wo im Schulalltag tatsächlich der Schuh drückt.

«Eine pauschale Lohnerhö-hung hilft nicht, administra-tive Aufgaben zu reduzieren.»

Dafür braucht es gezielte Massnah-men statt einer teuren Giesskanne. 83 Millionen Franken zusätzliche Ausga-ben pro Jahr sind kein Qualitätsnach-weis und noch lange keine Schulreform.

Der Kantonsrat hat aus einer begrenz-ten Anpassung eine dauerhafte Millio-nenrechnung gemacht. Die Kosten sind sicher, der Nutzen hingegen nicht. Das ist keine verantwortungsvolle Politik.

Deshalb sage ich am 27. September klar NEIN zur Änderung des Lehrper-sonalgesetzes.

WORTE DES PARTEIPRÄSIDIUMS DER SVP STADT ZÜRICH

Die SVP: Der letzte Hort der Vernunft

Bürgerliche Politik in einer ultralinken Stadt wie Zürich braucht eine dicke Haut, eine hohe Frustrationstoleranz – und Partner. Diese finden wir von der SVP im Stadtparlament üblicherweise auf der bürgerlichen Seite, meist bei der FDP, manchmal auch bei der Mitte. Über weite Strecken funktioniert die-ser bürgerliche Schulterschluss, der Widerstand gegen den linksgrünen Wahnsinn schweisst zusammen.

Planung ins Blaue hinaus

Dennoch steht die SVP immer wieder allein gegen alle anderen – oftmals auch bei Geschäften, bei denen die bürgerliche Positionierung eigentlich klar und einheitlich sein sollte. So etwa an diesem Abstimmungssonntag: Mit einem Rahmenkredit sollen 80 Millio-nen für die Planung von zusätzlicher ÖV-Infrastruktur bereitgestellt werden. Weil der Kanton aus Sicht der Stadt beim Bau neuer Tram- und Buslinien nicht schnell genug vorwärtsmacht, hat der Gemeinderat kurzerhand Aus-gaben von 80 Millionen Franken be-schlossen – wohlgemerkt nicht für ein konkretes ÖV-Projekt, sondern bloss

für eine Planung ins Blaue hinaus. Fi-nanzpolitische Verantwortung? Fehl-anzeige. FDP und Die Mitte trommeln für die Vorlage, nur die SVP lehnt sie ab.

Investition ins Schwarze Loch

Eine weitere Vorlage betrifft das Kunst-haus Zürich, ohne Zweifel ein kultu-reller Leuchtturm unserer Stadt. Ob-wohl laufend neue Besucherrekorde erzielt werden und die jährlichen Sub-ventionen von der Stadt bereits heute über 18 Millionen Franken betragen, steckt das Kunsthaus tief in den roten Zahlen. Nun soll der Steuerzahler noch-mal sieben Millionen Franken jährlich nachschieben. Sogar der ultralinke Fil-memacher Samir nennt dies «eine In-vestition ins Schwarze Loch». Markt-wirtschaftliches Denken? Fehlanzeige. FDP und Die Mitte trommeln für die Vorlage, nur die SVP lehnt sie ab.

Und zuletzt stimmen wir diesen Sonntag auch zum zweiten Mal innert kurzer Frist über eine Erhöhung der Gemeinderatsentschädigungen ab. Ein erster Versuch des Stadtparlaments, sich den Lohn zu verdoppeln, wurde

im Februar 2025 von der Bevölkerung deutlich abgelehnt. Dies hat die Ge-meinderäte aber nicht daran gehindert, umgehend eine neue Vorlage zu brin-gen – zwar leicht abgespeckt, aber immer noch mit einer saftigen Erhö-hung um 30 Prozent. Wenn es ums ei-gene Portemonnaie geht, kann es den Politikern offenbar nicht schnell genug gehen. Einen klaren Volksentscheid ak-zeptieren? Fehlanzeige. FDP und Die Mitte trommeln für die Vorlage, nur die SVP lehnt sie ab.

Es zeigt sich: An Alleinstellungs-merkmalen mangelt es der SVP auch im Kleinen nicht. Wenn es um eine bürgernahe Politik mit Rückgrat geht, müssen wir die Fahne der Vernunft halt ein ums andere Mal allein hoch-halten.



von
Ueli Bamert

SVP URDORF

Standaktion im Zentrum Spitzacker in Urdorf

Unsere Präsenz an der gut frequentierten Stelle vor der Migros stand am Samstag, 12. September 2026, ganz im Zeichen der Abstimmungen von Ende September, insbesondere der Neutralitätsinitiative.

Mittels eines eigens für diese Standaktion kreierten Fragebogens zur Neutralitätsinitiative gingen wir gezielt auf die Leute zu und konnten so heraus-spüren, wie gut die Stimmbevölkerung auf diese wichtige Abstimmung vorberei-tet ist. Dank der Auswahlmöglich-keit unter den vorbereiteten Antwor-ten war es für die meisten Leute nicht allzu schwierig, die richtigen Antwor-

«Die schweizerische Neutra-lität ist immerwährend, bewaffnet und umfassend.»

ten herauszufinden. Und doch, gerade bei der Frage zu möglichen Sanktionen, waren sich nicht alle einig. Hier zeigten sich möglicherweise Folgen der Negativwerbung unserer Gegner. Waren dann doch mindestens drei von vier Fragen richtig beantwortet, gab es ein Biberli und die anderen haben selbst-verständlich auch etwas erhalten. Nach vier Stunden ging ein gelungener Vor-mittag mit zumeist positiven Rück-meldungen zu Ende.



v.l.n.r.: Gino Adda, Präsident SVP Schlieren; Marko Dzeba, Aktuar SVP Urdorf; Werner Rüegg, Präsident SVP Urdorf.

Bild: zVg

BELLERIVESTRASSE

Sechs Jahre Widerstand haben sich gelohnt

Seit 2020 sorgt der geplante Spurabbau auf der Bellerivestrasse für Widerstand am rechten Zürichseeufer. Eine Petition mit fast 11 000 Unterschriften, Interventionen der Gemeinden und mehrere Vorstösse im Kantonsrat später ist das Experiment nun vom Tisch. Und auch andernorts gibt es Anzeichen für ein verkehrspolitisches Umdenken.



Tumasch Mischol
Kantonsrat SVP
Hombrechtikon

Die Bellerivestrasse wird wieder vier-spurig – und bleibt es auch. Die Stadt Zürich verzichtet auf den seit Jahren geplanten Versuch, die wichtigste Ein-fallsachse vom rechten Zürichseeufer auf eine Fahrspur pro Richtung zu re-duzieren. Das ist eine gute Nachricht, nicht nur für Gewerbler und Pendler. Die Geschichte der vergangenen sechs Jahre zeigt, dass es sich lohnt, bei ver-kehrspolitischen Experimenten nicht lockerzulassen.

Bellerivestrasse seit 2020
Dauerthema

Bereits 2020 sorgte die Ankündigung der Stadt Zürich, auf der Bellerivestras-se versuchsweise zwei Fahrspuren auf-zuheben, im Bezirk Meilen für Kopf-schütteln. Schon damals warnten wir vor Rückstau bis nach Zollikon und Ausweichverkehr in die Quartiere.

Der erste Anlauf wurde abgebrochen. Doch die Idee war nicht tot. 2022 prä-sentierte die Stadt einen neuen Ver-kehrsversuch. Wieder sollten zwei der vier Fahrspuren verschwinden, diesmal während mehrerer Monate. Damit wol-te die Stadt Erkenntnisse für die späte-re Umgestaltung der Bellerivestrasse gewinnen.

Diesmal wurde der Widerstand brei-ter organisiert. Am 27. Oktober 2022 lancierte ein überparteiliches Komitee mit Vertretern von SVP, FDP und der Mitte sowie von Hauseigentümern und Gewerbe die Petition «Bellerive stau-frei». Die Resonanz war enorm. Innert weniger Wochen kamen 10978 Un-terschriften zusammen. Sie wurden dem Regierungsrat übergeben. Die Botschaft war klar. Eine der wichtigsten Haupt-verkehrsrachsen des Kantons darf nicht für ein Experiment künstlich verengt werden.

Die Stadt gibt auf

2023 verweigerte die Kantonspolizei dem Versuch die Zustimmung. Die Bel-

lervestrasse ist keine beliebige Quar-tierstrasse, sondern eine Hauptverkehrs-achse von überkommunaler Bedeutung.

Die Stadt gab sich damit allerdings nicht zufrieden. Es folgte ein jahrelan-ger Rechtsstreit. Nachdem das Verwal-tungsgericht den Fall aus formellen Gründen an den Regierungsrat zurück-gewiesen hatte, entschied dieser im Juni 2026 erneut gegen den Verkehrs-versuch.

Nun gibt die Stadt auf. Sie akzeptiert den Entscheid und verzichtet auf das Experiment. Seit kurzem rollt der Ver-kehr auf der Bellerivestrasse wieder vier-spurig.

Beharrlicher Druck auch
im Kantonsrat

Das Problem ist grösser als die Belleri-vestrasse. Der Bezirk Meilen verfügt über keine Autobahn und ist deshalb auf die wenigen leistungsfähigen Hauptach-sen Richtung Zürich angewiesen. Doch ausgerechnet dort reihte sich Einschrän-kung an Einschränkung: Baustellen, Spurabbauten und Temporeduktionen. Jede Massnahme mochte für sich eine

«Hauptverkehrsachsen sind dazu da, den Verkehr aufzu-nehmen und zu bündeln.»

Begründung haben. Für die Verkehrs-teilnehmer zählt am Ende aber etwas anderes: Kommen sie noch von A nach B – und dies in vernünftiger Zeit?

Genau deshalb haben wir das Thema auch in den Kantonsrat getragen. Im August 2025 wollten wir mit der An-frage «Was läuft verkehrt beim Verkehr am rechten Zürichseeufer?» vom Re-gierungsrat wissen, wie die zahlreichen Baustellen und Einschränkungen über-haupt aufeinander abgestimmt wer-den. Bellerivestrasse, Kreuzplatz, Zolli-kerstrasse und weitere Baustellen tra-fen gleichzeitig auf ein Strassennetz, das kaum Ausweichmöglichkeiten bie-tet.

Die erste Antwort überzeugte uns nicht. Also hakten wir mit einer zwei-ten Anfrage nach. Denn es reicht nicht, jedes einzelne Bauprojekt isoliert zu betrachten und am Ende festzustellen,

für sich allein sei alles irgendwie ver-tretbar. Entscheidend ist die Gesamt-wirkung. Ein Strassennetz funktioniert als Netz – oder eben nicht. Wer eine Hauptachse nach der anderen ein-schränkt, darf sich über Stau und Aus-weichverkehr am Ende nicht wundern. Und auch nicht über den wachsenden Ärger und das Unverständnis bei An-wohnern, Pendlern oder Gewerblern.

Die Haltung der Bevölkerung
ist klar

Eigentlich müsste diese Erkenntnis selbstverständlich sein. Das Zürcher Stimmvolk hat die Richtung mehrfach vorgegeben. Bereits der Gegenvorschlag zur Anti-Stau-Initiative verlangte den Schutz der Leistungsfähigkeit des Stras-sennetzes. Ende 2025 folgte das deutliche Ja zur Mobilitätsinitiative. Trotz-dem wurde munter weiter über Spur-abbauten und Temporeduktionen dis-kutiert und geplant.

Nun scheint die Botschaft langsam anzukommen. Eine weitere geplante Tempoangleichung auf der Seestrasse wurde gestoppt. Beim Bellerive-Versuch hat der Regierungsrat eine klare Gren-ze gezogen. Und die Stadt Zürich be-gräbt das Spurabbau-Experiment end-gültig. Die gesetzlichen Vorgaben der Mobilitätsinitiative sind im Übrigen seit Juni 2026 in Kraft.

Nicht lockerlassen!

Das sind erfreuliche Zeichen. Haupt-verkehrsrachsen sind dazu da, den Ver-kehr aufzunehmen und zu bündeln. Wer ihre Leistungsfähigkeit künstlich reduziert, beseitigt den Verkehr nicht. Er verlagert ihn – und belastet damit gerade jene Quartiere und Gemeinden, die man angeblich schützen will.

Die Geschichte der Bellerivestrasse zeigt aber noch etwas anderes. Poli-tische Beharrlichkeit zahlt sich aus. 2020 begann der Widerstand. Es folgten öf-fentliche Interventionen, eine breit ab-gestützte Petition mit fast 11 000 Un-terschriften, der Druck der Gemeinden und des Gewerbes sowie verschiedene parlamentarische Vorstösse. Sechs Jahre später ist der Spurabbau vom Tisch. Auch andernorts bewegt sich etwas. Die Zeichen der Zeit scheinen erkannt. Wir bleiben dran.

SVP HOMBRECHTIKON

Walter Wobmann, einer der profiliertesten Politiker der Schweiz, zu Gast in Hombrechtikon

Mit grossem Interesse erwarteten die zahlreich erschienenen Parteimit-glieder die Ausführungen von Walter Wobmann, dem langjährigen Solothurner SVP-Nationalrat und engagierten Kämpfer für eine unabhängige und souveräne Schweiz.

Im Zentrum des Abends stand die Neu-tralitätsinitiative. Mit klaren Worten und überzeugenden Argumenten zeig-te Walter Wobmann auf, weshalb eine dauerhafte und bewaffnete Neutralität für die Schweiz von zentraler Bedeu-tung ist. Für ihn steht fest: Die Neutra-lität ist ein wesentlicher Pfeiler der schweizerischen Erfolgsgeschichte und die Voraussetzung dafür, dass unser Land auch künftig glaubwürdig seine guten Dienste anbieten und gegenüber Konfliktparteien eine unabhängige Hal-tung einnehmen kann. Sein Fazit war unmissverständlich: Am Ja zur Neutra-litätsinitiative führt kein Weg vorbei.

Nicht minder spannend waren Wob-manns Ausführungen zum Egerkinger Komitee, das er vor rund 20 Jahren ge-meinsam mit Ulrich Schlüer gründete. Das Komitee setzt sich insbesondere mit dem politischen Islam und dessen Auswirkungen auf die Schweiz ausein-ander. Mit der Minarettverbots-Initia-tive und der Verhüllungsverbots-Initi-ative konnte es zwei eidgenössische Volksabstimmungen für sich entschei-den. Wobmann zeigte anhand der Ent-wicklungen in verschiedenen europäi-schen Ländern auf, weshalb er auch für die Schweiz weiterhin dringenden politischen Handlungsbedarf sieht.

Als weiterer Gast stellte sich Ewa Szczogiel, Kandidatin für die Bezirks-

richterwahl Ende September, den An-wesenden vor. Ihr Auftritt überzeugte: fachlich exzellent ausgewiesen, mensch-lich integer und mit dem Bezirksge-richt Meilen und seinen Aufgaben be-reits bestens vertraut. Für die SVP Hombrechtikon ist klar: Ewa Szczogiel bringt ausgezeichnete Voraussetzungen für das Bezirksrichteramt mit.

SVP-Kantonsrat Tumasch Mischol er-läuterte anschliessend die anstehenden eidgenössischen und kantonalen Ab-stimmungsvorlagen und führte durch die politischen Schwerpunkte der kom-menden Urnengänge.

Ebenfalls ausführlich vorgestellt wurde die Einzelinitiative «Für eine breit abgestützte Verkehrspolitik» von Par-teimitglied Ralf Züger. Die Vorlage kommt im November an die Urne. In den kommenden Wochen wird die Kam-pagne mit den entsprechenden Argu-menten und Werbemassnahmen deut-lich an Fahrt aufnehmen.

Ein abwechslungsreicher und gehalt-voller Politabend mit engagierten Gäs-ten, klaren Positionen und angeregten Gesprächen zeigte einmal mehr: Die SVP Hombrechtikon ist politisch prä-sent und bereit, sich auch zum Wohle von Hombrechtikon einzusetzen.

Stephan Gafner,
Präsident SVP Hombrechtikon



v.l.n.r.: KR Tumasch Mischol, aNR Walter Wobmann, Sektionspräsident Stephan Gafner und Aaron Gafner.

Bild: zVg

LESERBRIEF

Anti-Abtreibungs-Demo

Am 19. September 2026 wurde die Anti-Abtreibungs-Demo in Zürich Oerlikon unter erheblichem Polizeischutz durch-geführt. Nun, was sollen wir dazu sagen? Laut Medienberichten waren es wieder einmal konservative und fundamenta-listische christliche Organisationen, die dazu aufgerufen haben. Eine kleine Minderheit also, die es wagt, sich dem Spott der Öffentlichkeit auszusetzen, um für das Recht der Ungeborenen ein-zustehen. Eine von den Medien oft ge-ächtete Minorität, die als Repräsen-tan tin all derer öffentlich hinsteht, die Ab-treibung zwar weder gutheissen noch billigen, sich jedoch im öffentlichen Diskurs nicht einbringen möchten.

Augenfällig jedoch ist das von den Medien angewendete und konsequent

durchgezogene Muster: die indirekte Diffamierung einer kleinen und ver-nachlässigbaren konservativ-fundamen-talistischen Gruppe, die beharrlich den «demokratischen Frieden» stört und sich entschlossen gegen die Tötung mensch-lichen Lebens im Mutterleib stellt. Ein geschickter medialer Schachzug, der darauf abzielt, das Gewissen der Leserschaft zu beruhigen und die eigene Po-sition mit dem Verweis auf demokrati-sche Mehrheiten abzusichern.

Bedenke: Unrecht wird nicht zu Recht, auch wenn es durch eine demokratische Mehrheit manipuliert und zurechtge-stutzt wird.

Rolf Nussbaumer,
Herisau

KANTONSRAATSWAHLEN 2027

Wahlkampfauftakt der SVP Bezirk Horgen auf dem Zürichsee

Mit einer Schifffahrt auf dem MS «Etzel» ist die SVP Bezirk Horgen am 16. September 2026 fulminant in den Wahlkampf für die Kantonsratswahlen 2027 gestartet. Als stärkste Partei im Bezirk hatte sie ihre Kandidatinnen und Kandidaten bereits am 2. Juni 2026 an der ordentlichen Delegiertenversammlung in Wädenswil nominiert – nun folgte der offizielle Startschuss auf dem See.

Bei bester Stimmung an Bord nutzten die Kandidatinnen und Kandidaten die Gelegenheit, sich den zahlreich erschienenen Gästen zu präsentieren und für den bevorstehenden Wahlkampf zu mobilisieren. Angeführt wird die Liste von den bisherigen Kantonsräten Urs Waser (Langnau a.A.), Marcel Suter (Thalwil) und Sandy Bossert (Wädenswil), die mit ihrer politischen Erfahrung und ihrer Verankerung im Bezirk für Kontinuität und Kompetenz stehen. Weil Christina Zurfluh (Wädenswil) nicht mehr antritt, rückt Adrian Wegmann (Oberrieden) auf den vierten Listenplatz nach. Komplettiert wird die Liste durch David Wolf (Horgen), Sebastian Huber (Adliswil), Chris Tattersall (Schönenberg), Reto Naef (Langnau a.A.), Yuri Rath (Richterswil), Martin Weber (Adliswil), Niklaus Kunz (Kilchberg), Nicolas Rasper (Wädenswil), Pascal Küenzi (Rüschlikon), Marina Hannig (Langnau a.A.) und Philipp Müller (Oberrieden).

Eine Liste aus der Mitte des Bezirks
Die Kandidatinnen und Kandidaten stammen aus den unterschiedlichsten Berufsfeldern – darunter Unternehmer, eine Landwirtin, ein Wirtschaftsprüfer, ein Rechtsanwalt, ein Bodenleger und ein Immobilienberater. Viele von ihnen bringen zudem Erfahrung als Gemeindevorte-reter mit und engagieren sich neben Familie und Beruf auch in Vereinen. Sie stehen stellvertretend für eine bodenständige, kompetente und engagierte SVP, die Verantwortung übernimmt und anpackt.

Tuena bringt Wahlkampf-stimmung auf
Für den emotionalen Höhepunkt des Abends sorgte Nationalrat Mauro Tuena. Mit einer leidenschaftlichen Wahlkampf-

rede stimmte er die Anwesenden auf die kommenden Monate ein und moti-vierte Kandidatinnen, Kandidaten und Sektionsvertreter gleichermassen für den Wahlkampf.
Vier Sitze verteidigen, einen fünften erobern
Die SVP Bezirk Horgen will bei den Kantonsratswahlen 2027 ihre vier Sitze verteidigen – und wenn möglich einen fünften dazugewinnen. Die Voten der Kandidierenden machten klar: Sie stehen für eine starke SVP «für eusi Lüüt» – geordnete Zuwanderung, Sicherheit in Freiheit, gesunde Staatsfinanzen, tiefe-re Steuern, weniger Bürokratie.
Während das Schiff bei doch noch angenehmen spätsommerlichen Bedin-

gungen über den Zürichsee glitt, blieb neben den Ansprachen auch Zeit für persönliche Gespräche und den Aus-tausch unter Mitgliedern, Sektionsver-tretern und Kandidierenden. Für das leibliche Wohl war ebenfalls gesorgt: Wurst und Brot sowie Getränke wur-den den Gästen serviert. Ermöglicht wurde dies durch einen grosszügigen Spender, der anonym bleiben möchte – ihm sei herzlich gedankt.
Mit dieser gelungenen Auftaktveran-staltung ist die SVP Bezirk Horgen be-reit, dem Bezirk auch künftig eine star-ke Stimme im Kantonsrat zu geben.

Philipp Klaus,
WAKO-Präsident SVP Bezirk Horgen
und Oberrichter



v.l.n.r. unten: Martin Weber, Reto Naef, Mauro Tuena, Niklaus Kunz.
v.l.n.r. oben: David Wolf, Nicolas Rasper, Adrian Wegmann, Marcel Suter, Sandy Bossert, Sebastian Huber, Yuri Rath, Urs Waser.

Bild: zVg

SVP UNTERENGSTRINGEN

Zu Besuch im Bundeshaus

Auf Einladung unserer Nationalrätin Barbara Steinemann durfte die SVP-Sektion Unterengstringen am Mittwoch, 16. September 2026, einen spannenden Tag im Bundeshaus in Bern verbringen. 21 Mitglieder machten sich gemeinsam auf den Weg in die Bundesstadt, mit grossem Interesse am politischen Geschehen und an der Arbeit unseres Parlaments.

Ein besonderer Moment war der Be-such auf der Zuschauertribüne. Von dort konnten wir die Beratungen im Nationalrat und im Ständerat direkt mitverfolgen. Im Nationalrat stand die Debatte zur Inklusionsinitiative «Für die Gleichstellung von Menschen mit

Behinderungen» sowie zum indirekten Gegenvorschlag des Bundesrats, dem Inklusionsgesetz, auf der Tagesordnung. Es entwickelte sich eine intensive Dis-kussion, an der zahlreiche Parlamen-tarier das Wort ergriffen. Die Detailbe-ratung konnte aus Zeitgründen noch

nicht abgeschlossen werden und wurde am Montag, 21. September 2026, fort-gesetzt.
Interessant war auch ein anderer Eindruck. Der Nationalratssaal präsen-tierte sich während der Debatte teilwei-se erstaunlich leer. Nicht alle Parlamen-tarier waren bei den Beratungen anwe-send, viele glänzten mit Abwesenheit.
Anschliessend erhielten wir bei einer Führung spannende Einblicke in die Ge-schichte und Architektur des Bundes-hauses. Das imposante Gebäude mit sei-nen kunstvollen Details und histori-schen Räumlichkeiten beeindruckte die Besucherinnen und Besucher.
Zum Abschluss liess die Gruppe den gelungenen Tag bei einem feinen Abend-essen im Bundeshaus-Restaurant ge-mütlich ausklingen. Bei angeregten Ge-sprächen und guter Stimmung verging die Zeit wie im Flug, bevor wir gemein-sam die Heimreise nach Unterengstringen antraten.
Es war ein rundum gelungener An-lass mit interessanten politischen Ein-blicken, guten Gesprächen und einem Besuch an einem Ort, wo Schweizer Po-litik täglich gestaltet wird. Ein herzli-ches Dankeschön an Barbara Steine-mann für die Einladung und Dario Bal-mer für die Organisation.

Rainer Stüssi,
Sektionspräsident und
Bezirkspräsident Dietikon



Das imposante Gebäude beeindruckte die Besucherinnen und Besucher.

Bild: zVg

BLOCHERS KLARTEXT

Lehre aus Berlin

Zwei junge Männer aus Berlin, 28 und 32 Jahre alt, reisen extra in die Schweiz. Ihr Ziel: eine Veranstaltung zur Neutralitätsinitiative im «Thurgauerhof» in Weinfelden. Am Ende des Abends kommen sie zu mir – mit offenem Mund, völlig fassungslos.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Sie haben gerade erlebt, wie Schwei-zer Politiker auf Augenhöhe mit ganz gewöhnlichen Bürgern debattieren. Ohne Absperriegitter, ohne Leibwächter, die das Volk auf Distanz halten. Jeder durfte fragen, jeder durfte kritisieren. Die beiden Berliner schüttelten nur den Kopf und sagten: «So etwas wäre bei uns in Deutschland absolut un-denkbar.»
Für uns Schweizer ist das kein Grund zur Aufregung. Es ist unser All-tag. Wir sind es gewohnt, dass Bun-desräte mit dem Zug zur Arbeit fah-ren und Nationalräte nach der Debat-te im selben Wirtshaus sitzen wie der Handwerker und die Bäuerin. Unsere Politiker sind keine abgehobene Kaste, die sich in Elfenbeintürmen vor den

Menschen versteckt. Sie sind Bürger wie du und ich, die auf Zeit ein Man-dat verwalten. Das ist die direkte De-mokratie in ihrer reinsten Form.
Doch genau hier liegt unsere gros-se Schwäche: Weil diese Bürgernähe für uns so normal ist, würdigen wir sie überhaupt nicht mehr. Wir neh-men sie als gottgegeben hin. Wir haben verlernt, zu staunen über das, was unser Land im Kern zusammen-hält. Die beiden Berliner müssen uns erst den Spiegel vorhalten, damit wir wieder merken, welchen Schatz wir da eigentlich hüten.
Wir schimpfen schnell über unse-re Schweiz und vergessen dabei, wie beneidenswert unsere politische Kul-tur ist. Die direkte Demokratie lebt nicht von Paragraphen, sondern von diesem unkomplizierten, offenen Mit-einander auf Augenhöhe. Wenn Spit-zenpolitiker die Fragen des Volkes fürchten, ist die Freiheit in Gefahr. Wer die Nähe zum Volk verliert, hat in einer echten Demokratie nichts ver-loren.

NEUTRALITÄT

Eine Frage der Verantwortung gegenüber unseren Kindern

Wenn ich über die Schweizer Neutralität nachdenke, denke ich nicht zuerst an Parteipolitik. Ich denke an meine beiden Söhne und an die Frage, in welcher Schweiz sie einmal leben sollen.



Daniel Wunderli
Gemeinderat SVP
Turbenthal

Für mich ist ein Grundsatz zentral: Ich möchte meine Söhne niemals in einem Krieg für die Interessen eines anderen Landes verlieren. Die Schweiz soll sich verteidigen können – und sie soll sich im Ernstfall auch verteidigen. Eine star-ke Armee und Neutralität widerspre-chen sich deshalb nicht. Im Gegenteil: Wer unabhängig bleiben will, muss auch in der Lage sein, seine eigene Be-völkerung, sein Land und seine Frei-heit zu schützen.

Was die Neutralitätsinitiative konkret verlangt
Am 27. September 2026 stimmen wir über die Neutralitätsinitiative ab. Die Neutralität ist bereits heute Bestandteil unserer Bundesverfassung. Die Initiati-ve geht jedoch weiter und will konkre-te festhalten, dass die Schweizer Neu-tralität immerwährend und bewaffnet ist. Sie will zudem Regeln für die Zu-sammenarbeit mit Militär- und Vertei-digungsbündnissen sowie für Sanktio-nen gegenüber kriegführenden Staaten festschreiben. Verpflichtungen gegen-über der UNO bleiben dabei vorbehal-ten.

Genau hier befindet sich für mich ein interessanter Punkt in der Diskus-sion. Gegner der Initiative weisen dar-auf hin, dass wesentliche Grundsätze der Neutralität bereits heute gelten und in der Verfassung verankert sind. Bun-desrat und Parlament vertreten zudem die Auffassung, dass eine detailliertere Regelung den aussenpolitischen Hand-lungsspielraum der Schweiz einschrän-ken würde.
Das Initiativkomitee hält dagegen, dass gerade diese klareren Regeln not-wendig seien, damit die Neutralität nicht je nach internationaler Lage unter-schiedlich ausgelegt werden könne.

Für mich führt diese Diskussion des-halb zu einer einfachen Frage: Wenn wir uns darin einig sind, dass die Schweiz neutral bleiben soll – wie klar wollen wir diesen Grundsatz für kommende Generationen festlegen?

Neutralität bedeutet nicht Gleichgültigkeit
Die Welt ist nicht friedlicher geworden. Kriege und geopolitische Spannungen sind wieder näher an Europa herange-rückt. Gerade deshalb beschäftigt mich als Vater die Frage, wie wir verhindern können, dass zukünftige Generationen der Schweiz immer stärker in Konflikte anderer Staaten hineingezogen werden.
Neutralität bedeutet für mich dabei nicht Gleichgültigkeit gegenüber Krieg oder menschlichem Leid. Die Schweiz kann humanitäre Hilfe leisten, diplo-matische Beziehungen pflegen, vermit-teln und sich für friedliche Lösungen einsetzen. Gerade die Rolle als Vermitt-lerin ist ausdrücklich Teil der Neutrali-tätsinitiative.
Aber zwischen Hilfe und Vermittlung auf der einen Seite und der Beteiligung an einem fremden militärischen Kon-flikt auf der anderen Seite besteht für mich ein entscheidender Unterschied.
Als Vater wünsche ich mir deshalb vor allem eines: dass meine Kinder in einer Schweiz aufwachsen, die ihre Frei-

«Wer unabhängig bleiben will, muss fähig sein, seine Bevölkerung zu schützen.»

heit selbst verteidigt, mit allen Seiten sprechen kann und alles daransetzt, nicht in die Kriege anderer Staaten hi-neingezogen zu werden.
Denn am Ende geht es bei der Neut-ralitätsdebatte nicht nur um einen Ar-tikel in unserer Bundesverfassung.
Es geht darum, welchen aussenpoli-tischen Weg wir der nächsten Genera-tion hinterlassen.
Aus diesem Grund sollten wir unbe-dingt am 27. September JA stimmen.

Fadegrad



von Marion Matter

Kopftuch, Referendum, linke Zwickmühle

Im Kanton Zürich genügt derzeit ein Stück Stoff, um eine politische Grundsatzdebatte zu entfachen. Der Kantonsrat hat kürzlich die SVP-Motion für ein Kopftuchverbot an öffentlichen Schulen und Kindergärten mit 87 zu 82 Stimmen überwiesen. Nun muss der Regierungsrat eine Gesetzesvorlage ausarbeiten. Im Grunde geht es dabei aber um weit mehr als um ein Stück Stoff. Es geht um die Frage, welche Regeln an unseren Schulen gelten – und wer diese Regeln bestimmt. Die Antwort aus bürgerlicher Sicht ist klar: In der öffentlichen Schule gilt das Recht des Staates, nicht das religiöse Regelwerk einzelner Gemeinschaften. Die Volksschule ist der Ort, wo Kinder unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Religion dieselben Chancen erhalten sollen. Sie ist kein religiöser Basar. Genau deshalb muss der Staat dort besonders konsequent sein. Die linken Parteien lehnen das Verbot ab und pochen auf Religionsfreiheit und Selbstbestimmung. So weit, so erwartbar. Pikant wird es allerdings, wenn ausgerechnet der Islamische Zentralrat gegen das Verbot mobilisiert und ein Referendum ankündigt. Da stellt sich eine unangenehme Frage: Was machen die Linken, die sich seit Jahren auf Frauenrechte, Gleichstellung und Selbstbestimmung berufen, wenn salafistische, ultrakonservative Organisationen ins Feld ziehen und dieses Gesetz bekämpfen? Plötzlich wird aus dem vermeintlich einfachen Kampf für die individuelle Freiheit ein komplizierter politischer Spagat. Man könnte auch sagen: Willkommen im ideologischen Fitnessstudio! Und die Linken dürfen gleich mit den schwersten Hanteln anfangen, die ihnen krachend auf die Füsse zu fallen drohen. Noch eine Etage absurder wird es beim muslimischen TikTok Besnik. Er forderte in einem Video seine muslimischen Brüder und Schwestern dazu auf, die Schweiz zu verlassen und in ein Land zu ziehen, in dem fünfmal täglich der Gebetsruf ertönt. Das ist eine bemerkenswerte Reaktion auf einen demokratischen Entscheid. In der Schweiz gilt nämlich ein einfaches Prinzip: Wer mit einem Gesetz nicht einverstanden ist, darf dagegen kämpfen. Man kann demonstrieren, Unterschriften sammeln, argumentieren – und, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, das Volk entscheiden lassen. Was man allerdings nicht erwarten kann: dass sich die Schweiz nach religiösen Vorstellungen richtet, nur damit niemand beleidigt ist. Genau darum geht es im Kern. Die Schweiz garantiert Religionsfreiheit. Aber Religionsfreiheit ist keine Einbahnstrasse. Wer hier lebt, geniesst Rechte – und akzeptiert gleichzeitig die demokratischen Spielregeln. Der Staat muss die Religionsfreiheit schützen. Aber er muss sich ihr nicht unterordnen.

Streit um Rüstungsaktien in der städtischen Pensionskasse

Letzte Woche Rassismus, diese Woche Antisemitismus: Die SVP hält den Gemeinderat weiterhin auf Trab. Langweilig wird es sicherlich nicht.



Jane Bailey
Gemeinderätin SVP
Zürich

Eine sehr erhitzte Debatte bescherte uns dieses Mal ein Postulat der SP. Die linken, kompetenzlosen Möchtegern-Finanzexperten wollen dieses Mal in die Investitionen der Pensionskasse der Stadt Zürich reinpfuschen. In ihre geschäftspolitischen Investitionsentscheide, um genau zu sein. Das Postulat verlangt, dass die PKZH ihre Ausschlusskriterien bei Rüstungsunternehmen verschärft. Nur hat eine Pensionskasse nach Art. 71 BVG ihr Vermögen unter Beach-

tung von Sicherheit, Ertrag, Risikoverteilung und Liquidität zu verwalten. Ihre Verantwortung gilt also vor allem den Versicherten und ihrer Altersvorsorge. Sie soll Rendite erwirtschaften, NICHT etwa abwägen, ob diese Rendite politisch böse ist.

ELBIT im Zentrum der Debatte
Im Zentrum der Begründung: ausgerechnet der israelische Verteidigungskonzern ELBIT. Ein Konzern, der unter anderem auch Drohnen, Optik und elektronische Systeme produziert. Sogar Armasuisse hat bei ELBIT ein Drohnensystem für rund 250 Millionen Franken beschafft, aber die PKZH soll sich aus politischen Gründen nicht an einem profitablen Unternehmen beteiligen dürfen?

Aber es kommt noch besser: Im selben Postulat werden Kriegsmaterial, Menschenrechtsverletzungen und der starke Kursanstieg von ELBIT miteinander verknüpft. Ja, sogar der Begriff «Genozid in Gaza» wird verwendet, und das ohne abschliessendes Urteil des Internationalen Gerichtshofs. Diese Vorverurteilung und die selektive Fixierung auf ein israelisches Unternehmen hatten für die SVP einen klar antisemitischen Beigeschmack. **Altersvorsorge und politische Symbolik**
Heute ist es ELBIT. Wer fällt morgen bei den Gutmenschen im Rat in Ungnade? Für viele Bürger entscheidet eine solide Altersvorsorge am Ende zwischen Altern in Würde und Altersarmut. Aber

das linksgrüne Sozialverständnis hört offenbar dort auf, wo internationale Symbolpolitik beginnt. Bei so viel Empörung über unsere Voten folgten persönliche Erklärungen samt Aufforderungen zur Entschuldigung. Aber die SVP letzte Woche als **«Das linksgrüne Sozialverständnis ist etwas sehr Sonderbares.»** «faschistoide Rassisten» zu bezeichnen, weil wir uns für Kinderschutz bei Schulkäusern eingesetzt haben, ist für die linksgrüne Ratshälfte wiederum völlig in Ordnung. Fazit: Wenn Linksgrüne pikiert eine Entschuldigung verlangen, hat man als rechtschaffener Bürger wohl etwas richtig gemacht.

SVP KLOTEN

Zu Besuch im Bundeshaus – Politik dort erleben, wo sie gemacht wird

Auf Einladung der Zürcher SVP-Nationalrätin Barbara Steinemann reiste eine Delegation der SVP Kloten am 21. September nach Bern. Neun Mitglieder nutzten die Gelegenheit, während der Herbstsession einen Blick hinter die Kulissen des Bundeshauses zu werfen und die eidgenössische Politik für einmal nicht über Zeitung, Fernsehen oder soziale Medien, sondern direkt vor Ort mitzuerleben.

Bereits der Aufenthalt im Bundeshaus zeigte eindrücklich, wie unser politisches System funktioniert. Während draussen politische Entscheide häufig auf einzelne Schlagzeilen oder Abstimmungsergebnisse reduziert werden, wird in den beiden Räten intensiv diskutiert, argumentiert und um Lösungen gerungen. Ein besonderer Programmpunkt war der Besuch der Ständeratstribüne. Von dort aus konnten wir die laufende Debatte über die zukünftige Finanzierung der Schweizer Armee mitverfolgen. Im Zentrum stand die Frage, wie zusätzliche Rüstungsausgaben über einen Fonds finanziert werden sollen. Dabei ging es nicht nur um die notwendigen Mittel für die Armee, sondern insbesondere auch darum, woher dieses Geld kommen soll. Gerade diese Diskussion zeigte exemplarisch, wie schwierig politische Prioritätensetzung sein kann. Eine glaubwürdige Landesverteidigung braucht die notwendigen finanziellen Mittel. Gleichzeitig darf die Antwort nicht einfach darin bestehen, für jede neue Aufgabe zusätzliche Steuern und Abgaben einzuführen. Sicherheit, solide Bundesfinanzen und die Belastung von Bevölkerung und Wirtschaft müssen gemeinsam betrachtet werden. Entsprechend kontro-

vers wurde über die Finanzierung diskutiert. **Inklusion im Nationalrat**
Auch im Nationalrat konnten wir eine aktuelle politische Debatte verfolgen. Dort stand die Inklusionsinitiative beziehungsweise das neue Inklusionsgesetz als indirekter Gegenvorschlag im Zentrum. Ziel der Vorlage ist es, bestehende Hürden für Menschen mit Behinderungen abzubauen und deren gesellschaftliche Teilhabe zu verbessern. Dass Menschen mit Behinderungen möglichst selbstbestimmt leben und am gesellschaftlichen und beruflichen Leben teilnehmen können, ist ein wichtiges Anliegen. Politisch umstritten ist jedoch, mit welchen gesetzlichen Vorgaben dieses Ziel erreicht werden soll und welche zusätzlichen Verpflichtungen daraus für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft entstehen. Gerade bei solchen Vorlagen lohnt sich deshalb der direkte Einblick in die parlamentarische Diskussion. **Persönlicher Austausch im Bundeshaus**
Nach den Ratsdebatten blieb genügend Zeit für Gespräche und den persönlichen Austausch. Wir leben in einem

einzigartigen Land, in dem die Politiker da oben einfach besucht werden können. Das ist etwas, das wir uns unbedingt bewahren müssen. Den Abschluss bildete dann auch ein gemeinsames Nachtessen mit unseren Zürcher Nationalräten Barbara Steinemann und Gregor Rutz in der Galerie des Alpes im Bundeshaus. In ungezwungener Atmosphäre konnten wir über die aktuellen Geschäfte in Bern, die Herausforderungen der Schweizer Politik und natürlich auch über Themen sprechen, die uns auf kommunaler Ebene beschäftigen. Dieser direkte Austausch zwischen Bundes-, Kantons- und Kommunalpolitik ist wertvoll. Viele politische Ent-

scheide, die in Bern getroffen werden, haben konkrete Auswirkungen auf Kantone, Gemeinden und damit auch auf Kloten. Umgekehrt ist es wichtig, dass Erfahrungen und Anliegen aus den Gemeinden ihren Weg nach Bern finden. Für die SVP Kloten war es ein spannender und lehrreicher Einblick in die Arbeit unseres Milizparlaments und eine gute Gelegenheit, Politik unmittelbar zu erleben. Wir bedanken uns herzlich bei Nationalrätin Barbara Steinemann für die Einladung und die Organisation sowie bei Nationalrat Gregor Rutz für den offenen und interessanten Austausch. Wir haben den Nachmittag und Abend in Bern sehr genossen und sind mit vielen Eindrücken und neuen Diskussionspunkten nach Kloten zurückgekehrt.

Thomas Schneider,
Gemeinderat und Präsident SVP Kloten



Der direkte Austausch zwischen Bundes-, Kantons- und Kommunalpolitik ist äusserst wertvoll.

Bild: zVg

EINSEITIGES STAATSFERNSEHEN

Wie SRF das Wohl unserer Kinder gefährdet!

SRF-Redaktorinnen haben unseren Kindern eingeredet, dass die Begriffe «Mami» und «Papi» andere Menschen «ausgrenzen» könnten. Auf der Webpage von SRF zu einem Beitrag über den queeren «Quinn (14) ist nonbinär – was bedeutet das?» empfahl die Redaktion der Sendung «SRF Kids Reporter», statt «Mutter» oder «Vater» schlicht «Eltern» zu sagen (!).



Maria Rita Marty
Alt Kantonsrätin SVP
Volketswil

Noch gravierender sind die Ausführungen beim Thema Geschlecht. Die Redaktorinnen schrieben wiederholt: Bei der Geburt wird dir «ein Geschlecht zugeteilt». Damit wird Kindern suggeriert, ihr Geschlecht sei keine biologische Realität, sondern eine beliebige Zuschreibung durch andere. Das ist nicht neutrale Information. Das ist pure kindergefährdende Ideologie! Und die Folgen dieser Ideologisierung sind keineswegs harmlos. Die Trans-Lobby propagiert längst eine Vorstellung, nach der Kin-

der ihren biologischen Körper nicht akzeptieren müssen, wenn er nicht ihrem subjektiven Geschlechtsempfinden entspricht. Was zunächst mit Sprache und Identitätsfragen beginnt, kann in medizinischen Behandlungen münden: Pubertätsblocker, gegengeschlechtliche Hormone und schliesslich operative Eingriffe, einschliesslich irreversibler Eingriffe am Körper. Gräuel an unseren Kindern! **Ombudsstelle beanstandet den Beitrag**
Zusammen mit anderen Einsprechern hat das Lehrernetzwerk Schweiz bei der Ombudsstelle interveniert – und recht bekommen. Das Verdikt ist bemerkenswert deutlich: Die SRF-Redaktion hat in mehrfacher Hinsicht das Sachgerechtigkeitsgebot verletzt und Kinder ideo-

logisiert, statt sie sachgerecht und ausgewogen zu informieren. Genau das ist der Skandal. SRF vermittelt den Kindern, ihr ganz normaler Sprachgebrauch sei moralisch fragwürdig und müsse verbessert werden. Damit überschritt die Redaktion die Grenze zwischen Information und Empfehlung. Es ist pervers, Kindern einzureden, «Mami» und «Papi» könnten ausgrenzend sein. Besonders gravierend ist die Einseitigkeit des Beitrags: SRF liess seine Darstellung ausschliesslich von Trans-Fachpersonen einordnen und empfahl ausschliesslich Queer-Organisationen als Anlaufstellen. Auch dies rügte die Ombudsstelle. Eine Kindersendung, die eine Derart umstrittene gesellschaftliche Frage behandelt, hat die Pflicht, unterschiedliche relevante Perspektiven ab-

zubilden – nicht Kinder in eine vorgefertigte Deutung zu führen. **Korrektur ohne Hinweis**
Und dann wurde der Online-Beitrag von «SRF Kids Reporter» klammheimlich korrigiert. Obwohl die SRF-Publikationsrichtlinien vorsehen, dass Korrekturen transparent gemacht werden. SRF teilte lediglich mit, man werde «die Vorgänge intern überprüfen». Wir müssen dranbleiben, denn der Einfluss dieser gefährlichen Lobby wird immer grösser. Es lohnt sich, zu intervenieren. Es lohnt sich, Widerspruch einzulegen. Und es lohnt sich, den öffentlich finanzierten Medien sehr genau auf die Finger zu schauen, denn es geht um die ideologische Vereinnahmung unserer Kinder. Es geht um ihren Körper. Es geht um ihre psychische und körperliche Unversehrtheit. Und es geht um die Frage, ob Kinder noch Kinder sein dürfen, ohne dass ihnen Erwachsene eine ideologische Sicht auf Geschlecht und Identität überstülpen.

SVP ZÜRICH KREIS 11

Puurezmorge bei schönstem Spätsommerwetter

Bei schönstem Spätsommerwetter folgten am Sonntag, 20. September, rund 60 Gäste der Einladung der SVP Zürich Kreis 11 zum traditionellen Puurezmorge auf dem Bauernhof Schumacher in Zürich-Affoltern. Bei herrlicher Atmosphäre und einem reichhaltigen, währschaften Zmorge blieb genügend Zeit für persönliche Begegnungen, interessante Gespräche und natürlich auch für die Politik.

Nach dem gemütlichen Auftakt mit Kaffee, Zopf und weiteren Köstlichkeiten eröffnete die SVP Zürich Kreis 11 den politischen Teil des Anlasses. Mit Blick auf die Kantonsrats- und Regierungsratswahlen im April 2027 stan-

ton Zürich aktuell beschäftigen. Anschliessend richtete sich unser Regierungsratskandidat und Nationalrat Martin Hübscher an die Anwesenden und zeigte auf, welche Schwerpunkte für die kommenden Wahlen und für die politische Arbeit der SVP wichtig sind.

Auch Susanne Brunner und Ueli Barmert vom Präsidium der Stadtzürcher SVP ergriffen das Wort. Dabei wurde deutlich, dass die kommenden Monate nicht nur im Zeichen des Wahlkampfes stehen, sondern auch eine gute Gelegenheit bieten, mit der Bevölkerung im Gespräch zu bleiben, Anliegen aufzunehmen und für die politischen Werte der SVP einzustehen. Die Botschaft für

die kommende Zeit lässt sich dabei kurz zusammenfassen: Sichere Zukunft in Freiheit.

Nach dem politischen Teil blieb genügend Zeit für persönliche Gespräche. Bei einem Puurezmorge geht es schliesslich nicht nur um Referate und politische Diskussionen, sondern ebenso um das gemütliche Zusammensein. Mitglieder, Gäste, Familien und politische Vertreter nutzten die Gelegenheit, sich in ungezwungener Atmosphäre auszutauschen und über aktuelle Themen zu diskutieren.

Für die musikalische Unterhaltung sorgte die Band von Ursi Uebelhart. Mit stimmungsvoller Musik begleitete die Band den Anlass bis weit in den Nach-

mittag hinein. Bei Sonnenschein, Musik und angeregten Gesprächen wurde aus dem traditionellen Zmorge ein geselliger Sonntag auf dem Bauernhof Schumacher.

Der Puurezmorge war für die SVP Zürich Kreis 11 damit zugleich ein gelungener Auftakt mit Blick auf das Wahljahr 2027. Ein herzliches Dankeschön gilt der Familie Schumacher für die Gastfreundschaft sowie allen Helferinnen und Helfern, die zum Gelin-

gen dieses schönen Anlasses beigetragen haben.

Die SVP Zürich Kreis 11 will auch in den kommenden Monaten präsent sein, zuhören und den direkten Austausch mit den Menschen pflegen. Denn Politik lebt nicht nur von Debatten im Rat, sondern auch von persönlichen Begegnungen und guten Gesprächen.

Reto Brüesch,
Gemeinderat SVP

«Politik lebt von persönlichen Begegnungen und guten Gesprächen.»

den die politischen Herausforderungen der kommenden Monate im Mittelpunkt. Regierungsrätin Natalie Rickli berichtete aus ihrer Arbeit und gab Einblicke in die Themen, die den Kan-

Nachruf

Mit Beat Brüngger ging ein loyaler Kamerad auf seine allerletzte Reise. Seine Familie, die SVP und die Stadt Illnau-Effretikon haben eine Persönlichkeit verloren, für die das Wohl aller im Vordergrund stand. Sein Gerechtigkeitsinn liess ihn immer wieder neue Ideen und Projekte entwickeln, die der Allgemeinheit nicht nur in unserer Gemeinde zugutekamen.

Als Politiker – Gemeinde- und Bezirksrat – war er ein aufmerksamer Zuhörer, nahm auf, wo der Schuh drücken konnte, nahm sich der Probleme an und versuchte, parteiübergreifend Lösungen zu suchen. Mit seinem reichen Erfahrungsschatz, seiner Dossiersicherheit, seiner sachlichen Art in Diskussionen verschaffte er sich Respekt bei Links und Rechts. Neue Ideen brachte er immer wieder ein und freute sich, wenn diese umgesetzt wurden. All diese wertvollen Eigenschaften und seine jahrzehntelange Vorstandstätigkeit kamen der SVP Illnau-Effretikon zugute. Tatkräftig packte er selber jederzeit mit an.

Als Politiker wurde Beat ausserordentlich geschätzt. Er war vor allem ein Privatmann, dem seine Familie alles bedeutete, und er war Landwirt mit Leib und Seele. In bester Erinnerung bleiben sein spitzbübisches, fröhliches, ansteckendes Lächeln und seine Begeisterung, wenn er etwas mit Erfolg umsetzen konnte.

Immer treu zur Seite stand ihm sein Vreni. Sie half ihrem Beat umzusetzen,

was er andachte. Wie oft war zu hören: «Könntest du?» Vreni konnte und unterstützte Beat in allen Belangen mit dem ihr eigenen Charme. Vreni ging mit ihrem Beat durch dick und dünn bis zuletzt.

Beat wäre nicht Beat gewesen, hätte er nicht noch andere Aktivitäten und Projekte gehabt. Aus Anlass seiner Pensionierung und nach 52 Jahren Landwirtschaftsbetrieb verabschiedete er sich 2023 schweren Herzens von seinen Milchkühen. Diese bestimmten den Alltag von Vreni und Beat. Verbunden blieb er zeitlebens jedoch mit dem Wald, für den er sich auch in der Holzkorporation Unter-Illnau engagierte – davon rund 30 Jahre als Präsident. In dieser Zeit entstand auch die Idee zum Bau der Waldhütte Cheiberied.

Geschichte schrieb Beat als OK-Chef des Radcross Illnau, das vor 15 Jahren startete und aus dem Illnauer Kalender nicht mehr wegzudenken ist. Das OK-Zepter übergab er seinen Söhnen Eric und Nico. Es blieb aber nicht das einzige Steckenpferd von Beat. Seine Leidenschaft galt der Fliegerei. Der

Besuch von Flugshows im Inland, in Europa und Amerika war die Folge davon. Als grosser Fan des PC7-Teams konnte er ermöglichen, dass anlässlich des 10-Jahr-Jubiläums des Radcross auch Zuschauer in den Genuss der Flugshow kamen. Sein letztes grosses Projekt war die Venom – der Flieger eines Freundes –, die im Morgenhof eingelagert werden sollte. Leider reichte Beat die Zeit nicht mehr, das Projekt zu Ende zu führen. Seine Freunde vollendeten es jedoch in seinem Sinn.

In Erinnerung bleibt eine Persönlichkeit mit ansteckendem, spitzbübischem Lachen, ein Kamerad im besten Sinn des Wortes. Eine Persönlichkeit, die sich engagierte, die gewohnt war, Neues anzupacken, etwas zu bewegen.

Beat, herzlichen Dank für alles, was Du uns gegeben hast – vergessen werden wir Dich nie!

Regula Kuhn,
Alt Kantons- und Gemeinderätin sowie
ehemalige Präsidentin der SVP Illnau-Effretikon



Der Puurezmorge war zugleich ein gelungener Auftakt mit Blick auf das Wahljahr 2027.

Bild: zVg

SVP-SCHIESSEN 2026

Grösster ausserverbandlicher Schiessanlass steht vor der Tür

Am 26. und 27. September findet in Marthalen das SVP-Schiessen mit dem Gewehr 300 m statt. Es ist der grösste ausserverbandliche Schiessanlass in diesem Jahr im Zürcher Weinland, an dem 600 bis 800 Teilnehmer erwartet werden.

RoMü. Das SVP-Schiessen mit dem Gewehr 300 m wurde bereits 1983 ins Leben gerufen. Seither verzeichnet es zwischen 500 und 1259 Teilnehmer. Mit Marthalen wird dieser Schiessanlass nun bereits nach 1985 in Oberstammheim (546 Teilnehmer), 1992 in Kleinandelfingen (1000), 2009 in Flaach-Berg (811) und 2013 in Henggart (668) zum fünften Mal im Bezirk Andelfingen ausgetragen. Gastgeber ist mit Blick auf den Schiessbetrieb der MSV Marthalen, während sich die SVP Marthalen, unterstützt von der Bezirkspartei und weiteren Helfern, um die anderen Bereiche kümmern wird. Der Anlass ist auch in ein kleines Rahmenprogramm eingebettet. An allen Schiesstagen ist die Festwirtschaft etwas länger als der Schiessbetrieb geöffnet und steht auch für weitere Besucher offen. Denn es werden auch verschiedene politische Mandatsträger aus dem Bezirk, Kanton und Bund erwartet. Am Samstag wird von 15.30 bis 18.00 Uhr im Festzelt mit den «WintiFäger» und am Sonntag von 10.00 bis 14.00 Uhr mit dem Echo vom Arni Musik und Unterhaltung geboten. Die Festansprachen und das Absenden finden am Sonntag, 27. September, ab 13.30 Uhr statt.

Offen für alle

Der Anlass basiert auf den Regeln für das sportliche Schiessen, gilt als Volksschiessen und ist gebührenpflichtig. Entsprechend wird das SVP-Schiessen mit einem offiziellen Schiessprogramm ausgetragen, wobei für die Teilnahme keine

Lizenz nötig ist. Es ist für alle Vereine oder auch politischen Parteien offen. Analog zu anderen Schiessanlässen wird gemäss dem Reglement für alle Auszeichnungsberechtigten eine Kranzkarde ZHSV oder Naturalgabe im Wert von

«Das SVP-Schiessen ist ein toller Anlass für Jung und Alt.»

10 Franken abgegeben. Zudem erhält jeder Teilnehmer ein Erinnerungsglas. Es wird in drei Kategorien – Feld A (Sportwaffen), Feld D (Stgw 57–03 + Karabiner) sowie Feld E (Stgw 57–02 + Stgw 90) – geschossen. Der SVP-Stich umfasst ein Programm mit zwei Probe-, sechs Einzel- und vier Schuss in Serie. Vier Teilnehmer können zudem eine Gruppe bilden, wobei die drei besten Resultate gewertet werden. Wer in einer Gruppe schießt, hat die Chance, zusätzlich einen Spezialpreis zu gewinnen. So werden ausgezeichnet: jene Gruppe mit dem weitesten Anfahrtsweg, die beste Gruppe aus jedem Bezirk, die besten Frauen-, Familien- und Juniorengruppen. Ebenfalls erhält die beste ausserkantonale Gruppe einen Ehrenpreis. Zugleich wird fakultativ ein Auszahlungsstich mit vier Schuss Einzelfeuer angeboten.

Geschossen wird am Samstag, 26. September, von 9.00 bis 12.00 Uhr und 13.00 bis 16.00 Uhr, sowie am Sonntag, 27. September, von 8.30 bis 12.00 Uhr.

SVP WINTERTHUR SEEN

Heitere Momente an der Seemer Dorfet

Die Seemer Dorfet ist bereits wieder Geschichte – und bleibt uns in bester Erinnerung. An unserem Stand der SVP Winterthur Sektion Seen war während des ganzen Anlasses einiges los: Beim Bullriding wurde um die besten Ritte und attraktive Preise gekämpft, an der Festbank wurde gelacht und diskutiert, und rund um den Stand herrschte eine fröhliche, unkomplizierte Stimmung.

Für die nötige Stärkung sorgten feine Hotdogs und erfrischende Getränke. Denn was gibt es Schöneres, als beim Bullriding einmal richtig Vollgas zu

geben und sich danach mit einem Hotdog und einem kühlen Bier in guter Gesellschaft zu erholen? So war rund um unseren Stand immer für gute Stim-

mung und geselliges Beisammensein gesorgt.

Besonders gefreut haben uns die vielen Begegnungen und Gespräche mit unseren Gästen und Mitgliedern. Die Seemer Dorfet bot eine schöne Gelegenheit, wieder mitten im Quartierleben und ganz nah am «Puls» zu sein, bekannte Gesichter zu treffen und neue Bekanntschaften zu machen.

Auch ein grosses Dankeschön geht an den Organisator und an alle Helferinnen und Helfer, die mit viel Einsatz dafür gesorgt haben, dass an unserem Stand alles rundlief und die gute Stimmung nie zu kurz kam!

Wir blicken gerne auf die vielen heiteren Momente und das gemütliche Beisammensein zurück. Und eines ist sicher: Bei der nächsten Gelegenheit freuen wir uns wieder auf zahlreiche Gäste an unserem Stand – vielleicht ja für eine weitere Runde auf dem Bullriding-Stier, einen feinen Hotdog und ein gutes Gespräch. Wir freuen uns auf nächstes Jahr!



Die SVP-Sektion Seen freut sich bereits auf die Dorfet im nächsten Jahr. Bild: zVg

SVP DIGITAL



Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.





Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.





SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!





Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.





Jobs
Möglichkeiten, für die SVP zu arbeiten.



SVP STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsl, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Hinwil/Dürnten
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Arcade Restaurant und Bar, Bubikonstrasse 43A, Dürnten.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Lokalität gemäss www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 14.30 – 17.00 Uhr, Restaurant Stella del Centro, Uschter 77, Zürichstrasse 1, Uster.

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss https://event.evagic.com/svp-uster.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamedingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Rifferswil
Donnerstag, 15. Oktober 2026, 19.30 Uhr, Info-Anlass zum EU-Rahmenabkommen, Restaurant Löwen in Hausen am Albis, Albisstrasse 2, Hausen am Albis, mit NR Barbara Steinemann und NR Thomas Aeschi.

Bezirk Bülach/Wil
Sonntag, 25. Oktober 2026, 10.00 Uhr, Frühschoppen, Weingut, Sonnenberg 1, Wil.

Bezirk Hinwil/Bubikon
Sonntag, 4. Oktober 2026, 09.00 Uhr, Buurenbrunch, Hof Korrodi, Barenbergstrasse 80, Bubikon, mit Alt Bundesrat Ueli Maurer.

Bezirk Meilen/Hombrechtikon
Montag, 26. Oktober 2026, 18.00 Uhr, Anlass gegen den EU-Vertrag, Gemeindesaal Blatten, Bahnweg 6, Hombrechtikon, mit NR Martin Hübscher. Eintritt frei.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Dienstag, 27. Oktober 2026, 17.30 Uhr, Jassturnier, Dänus Lounge, Seestrasse 27, Pfäffikon, mit Alt Bundesrat Ueli Maurer. Kosten: 25 Franken. Anmeldung bis 18. Oktober 2026 unter www.svp-pfaeffikon.ch.

Stadt Zürich/Kreis 6 & 10
Samstag, 3. Oktober 2026, 14.00 Uhr, Buchvernissage: «Wipkingen 1940 – Widerstand in allen Formen». Lichtbildvortrag von Martin Bürlimann und Kurt Gammeter, mit Führung durch den Landenberg-Bunker. Habsburgstrasse, Eingang zur Sanitäts-hilfsstelle Landenberg. Platzzahl beschränkt, Anmeldung: info@wibichinga.ch oder 078 640 84 18.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 24. Oktober 2026, 19.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich Oerlikon.

Freitag, 30. Oktober 2026, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Restaurant Bürgli, Seebacherstrasse 65, Zürich, mit Nationalrat Mauro Tuena.

Samstag, 7. November 2026, 18.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich Oerlikon.

Samstag, 21. November 2026, 18.00 – 22.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich Oerlikon.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Der Zürcher Bote
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Insertatenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Junge SVP Kanton Zürich
Freitag, 25. September 2026, 17.00 Uhr, Oktoberfest, Treffpunkt vor der Landihalle, Quellenstrasse 6, Uster. Kosten: 68 Franken. Anmeldung an wanner@jsvp-zh.ch.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 26. September 2026, bis Sonntag, 27. September 2026, SVP-Schiessen 2026, Schützenhaus, Schützehusstrass 7, Martthalen. Weitere Informationen unter www.svp-schiessen.ch.

Mittwoch, 30. September 2026, 09.45 Uhr, Alträte-Treffen, WIN4 Ballsport-Arena, Grüzelfeldstrasse 32, Winterthur. Besuch und Führung. Weitere Informationen unter t.f.weber@bluewin.ch.

Mittwoch, 7. Oktober 2026, 17.45 Uhr, Schifffahrt auf dem Zürichsee, Treffpunkt Bürkliplatz, MS «Etzel», Bootssteg 6, Zürich, mit Nationalrat Mauro Tuena und Regierungsratskandidat Martin Hübscher. Anmeldung an sekretariat@svp-zuerich.ch oder 044 217 77 66.

Donnerstag, 22. Oktober 2026, 19.00 Uhr, Fiire mit de SVP, Chesselhuus, Tumbelenstrasse 6, Pfäffikon. Dresscode: Rot-Weiss oder Edelweiss. 1 Essen und 1 Getränk offeriert. Anmeldung erforderlich via Webseite.

Freitag, 13. November 2026, 18.00 – 22.00 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Allmendstrasse 5, Regensdorf, mit Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher. Festwirtschaft.

Dinhard

6. Nov



Natalie Rickli
Regierungsrätin

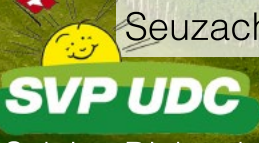


Jürg Stahl
Alt-Nationalrat

Pizzaessen und Parolenfassung

Restaurant Bahnhof Fratelli 19:00

Seuzacherstr. 108, Dinhard



SVP UDC

Sektion Dinhard



Geniessen Sie mit uns eine Schifffahrt auf dem Zürichsee!

Wann: Mittwoch, 7. Oktober 2026, 18-21 Uhr
Was: Vier eidg. Abstimmungen vom 29. November und Aktuelles aus der Herbstsession
mit **NR Martin Hübscher, Regierungsratskandidat**
NR Mauro Tuena
Verpflegung: Wurst/Brot und Getränke
Boarding: 17:45 Uhr
Wo: Zürich Bürkliplatz, MS Etzel, Bootssteg 6
Anmeldung: sekretariat@svp-zuerich.ch oder Tel. 044 217 77 66
Alles offeriert!



SVP
Die Partei des Mittelstandes



Die Platzzahl ist beschränkt! Melden Sie sich noch heute an!
Auch Nicht-SVP-Mitglieder sind willkommen!
SVP Kanton Zürich